der Vorgesetzte eine meuchlerische Kugel besorgen, so würden seine Nerven bald genug versagen. Die Heeresverwaltung habe deshalb recht, wenn sie Marten und Hikel nicht lassen wolle.

Hier giebt sich auch, wenn auch nicht direkt, so doch ganz deutlich die schöne Ansicht kund, es sei besser, daß ein paar Unschuldige den Kopf verlieren, als daß der Mord ungerächt, die gebrochene Disziplin ungesühnt bleibe. Diese angenehme Ansicht dauert also im Offizierkorps fort und ist jedenfalls eine besondere Empfehlung der Militärjustiz.

Den Beleidigen aber in der reaktionären Presse, die uns zum Vorwurf machen, daß wir den Mord des Leutnantsmörders v. Kreisigk entschuldigten, sei zum Schlusse ein orientierendes Wortlein gesagt. Wir entschuldigen den Mord nicht — aber wir weisen auf die Ursachen hin, aus denen er entstanden und aus denen noch ähnliche Fälle erwachsen können. Das ist fruchtbarer, als in blindem Wüten Blutopfer für den Erschossenen zu verlangen. Im übrigen ist den reaktionären Organen, die über die Mißhandlungen der Mannschaften durch den Erschossenen möglichst diskret hinwegschlüpfen, niemals der Gedanke gekommen, daß diesem um der Disziplin willen ermordeten Tyrannen Hunderte von Soldaten gegenüberstehen, die um eben derselben Disziplin wegen in den Selbstmord getrieben wurden? Hier unten ist mehr zu schützen als oben!

Deutsches Reich.

Berlin, 9. Mai. Das vereinfachte Abgeordnetenhaus ging am Mittwoch in die Ferien, nachdem es vorher noch eine Polendebatte gehabt hatte. Eine Interpellation des Zentrumsabgeordneten Faltin zitierte die Auflösung einer polnischen Versammlung zu Rybnik aus dem einzigen Grunde, daß darin polnisch gesprochen worden war. Das Oberverwaltungsgericht hat bekanntlich früher entschieden, daß das kein Auflösungsgrund ist. Der Minister von Hammerstein gab das zu und gab die Rybniker Polizei preis, ließ aber deutlich durchblicken, daß er darauf aus sei, die Angelegenheit nochmals vor das Oberverwaltungsgericht zu bringen und daß er dann eine andere Entscheidung zu erzielen hoffe. Diese ministerielle Kundgebung gefällt den Polen nicht, die mit Recht sich sagen, daß für strebsame Richter in dieser Ministerkundgebung ein bedenklicher Fingerzeig liegt. Die polnischen Redner brachten die Neubesetzung einiger Aemter des Oberverwaltungsgerichts mit der Angelegenheit in Verbindung. Natürlich ist Herr von Hammerstein nach eigener Versicherung weit entfernt, „so was" zu wollen. Die Debatte bot sonst nichts Besonderes.

— Im Herrenhause gab es beim Etatsetat ebenfalls eine kleine Polendebatte. Minister v. Studt erklärte natürlich, daß er nicht minder tapfer im Polenkriege ist, als seine Kollegen.

Dann gab es zur Abwechslung eine theologische Debatte. Ein vierzehnfach angebauchter Fabr. v. Durant donnerte gegen die Duldung liberaler Theologen auf den Lehrstühlen der Universitäten. Er verschaffte so dem Minister v. Studt die dankbare Rolle eines Hüters der „Freiheit der Wissenschaft", denn gegen die Ausschreitungen des freiherrlichen Frommlers mußte selbst der reaktionäre Minister anstandshalber etwas sagen. Für die „Freiheit" der theologischen Wissenschaft — natürlich der durch gewisse Bereichsgrenzen beschränkten Freiheit — brachen außerdem noch der Rektor Professor Lönning aus Halle und der Oberhofprediger D. Dryander in eine Lanze. — Hernach erledigte das Haus noch den Etat des Innern, wo die Abgeordneten im großen und ganzen nichts auszusetzen hatten — die Polizeiwirtschaft gefällt ihnen. Die Etatsberatung ist damit zu Ende gekommen.

Das böse Beispiel Hessens hat angesteckt. Nun ist schon der zweite deutsche Regent zu verzeichnen, der mit einem Sozialdemokraten gesprochen hat. In Gotha ist das Schreckliche passiert. Zu einem parlamentarischen Abend, den der Landtagspräsident veranstaltete, waren auch die neun sozialdemokratischen Abgeordneten erschienen. Später erschien auch der Regierungsverweser, der Erbprinz von Hohenlohe, der bekanntlich für den minderjährigen Herzog die Regentschaft ausübt. Der Regierungsverweser hat nun, wie die Gothaische Landeszeitung feststellt, auch den ihm vorgestellten sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Bock in eine kurze Unterhaltung gezogen. Aus ihrem Leserkreise wird der Gothaischen Landeszeitung hierzu geschrieben: „Der glanzvolle Besuch einer Gesellschaft, in der die Sozialdemokraten anwesend waren, durch den regierenden Landesfürsten wird und muß überall peinliches Aufsehen erregen. An Bedeutsamkeit gewinnt dieser Vorgang noch dadurch, daß dazu die Verfassungsfeier benutzt wurde. Mit Spannung kann man der ferneren Entwickelung der Dinge im Herzogtum Gotha entgegensehen." — Drunter und drüber wird es natürlich gehen! Schrecklich!

Freisinniger Rückzug. Aus Lübeck wird berichtet: Der Vorstand der Volkspartei beschloß, die angeregte Kandidatur des Prinzen Heinrich nicht weiter in Erwägung zu ziehen. Die Ermahnungen Eugens haben also gewirkt. Und Eugen hatte Recht, der Freisinn braucht diese Blamage sicherlich nicht mehr — er hat schon genug.

Wegen Aufreizung von Soldaten zum Ungehorsam ist gegen einige Genossen aus dem Dorfe Mühlenbeck im Kreise Niederbarnim (Brandenburg) eine Untersuchung eingeleitet worden. Sie sollen das Verbrechen begangen haben, indem sie im Dorfe Wensdendorf das bekannte Flugblatt „Die Bekämpfung des Hungers" in Wohnungen verteilt haben, in denen auch Soldaten einquartiert waren. Soldaten aber ist das Halten und Verbreiten sozialdemokratischer Schriften verboten, ergo... — Die Logik des Staatsanwalts ist bewunderungswürdig. Seine Entdeckung kann epochemachend werden, wie seiner Zeit die Lex Schulze-Kellinghausen u. a.

Göttliche Weltordnung, in der der Brotwucher zur christlichen, ausgleichenden Gerechtigkeit gehört! Der aus Holland stammende Arbeiter Joseph Rovenmalen verließ am 25. April das Krankenhaus zu Oberhausen. Einige Tage lief er umher, angeblich nach Arbeit umschauend. Endlich entmutigt, mittellos, von Verzweiflung gepackt, beschloß er, langsam Hungers zu sterben. Er begab sich in ein Tannenwäldchen, deckte sich mit Laub zu und lag hier so, ohne Nahrung, den Unbilden der Witterung ausgesetzt, zehn Tage lang, bis man ihn vollständig elend, dem Tode nahe, auffand und dem Krankenhause zuführte, das er 14 Tage vorher verlassen hatte. Künstliche Verteuerung der Lebensmittel und Menschenkinder, die zum Hungertode verdammt sind — die beste der Welten!

Eine abermalige Verschlechterung des Preßrechts bedeutet eine Entscheidung, die das Reichsgericht am Dienstag getroffen hat. Das Landgericht I in Berlin hat am 23. Dezember v. J. den Schriftsteller Hans Leuß in Zehlendorf und den Redakteur der Welt am Montag, Max Ludwig, von der Anklage der Beleidigung der deutschen Kriegervereine freigesprochen. Das Landgericht hat auf Freisprechung erkannt, weil nicht festgestellt sei, daß die Vorwürfe, die in dem von Leuß verfaßten Artikel der Welt am Montag erhoben werden, sich gegen die Unterzeichner des Strafantrages oder gegen sämtliche Mitglieder der Kriegervereine richten. Gegen die Freisprechung richtete sich die Revision des Staatsanwalts. Der Reichsanwalt beantragte die Verwerfung, da, wie das Reichsgericht mehrfach ausgesprochen, Vereine nicht beleidigungsfähig seien und ausdrücklich festgestellt sei, daß die Antragsteller nicht beleidigt werden sollten. Das Reichsgericht hob jedoch das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht II in Berlin. In der Begründung wurde ausgeführt: Die Vorinstanz erklärt, gar nicht prüfen zu wollen, worin die Beleidigungen bestehen, dies war aber erforderlich. Wenn in dem Artikel allgemeine Beschuldigungen ausgesprochen wurden, so können sich dadurch alle Mitglieder beleidigt fühlen. Daran ändert der Umstand nichts, daß der Verfasser einige ausnehmen wollte, denn er hat diese nicht namhaft gemacht.

Oesterreich-Ungarn.

38 Millionen Kronen für Haubitzen, Gebirgsgeschütze u. a. m. fordert der Kriegsminister von den Delegationen, dem gemeinsamen Parlament der beiden Länder Oesterreich und Ungarn, das aus Abordnungen der Parlamente der zwei Reichshälften zusammengesetzt wird. Es ist diese Summe aber noch nicht alles, sondern erst ein Rosinbaychen. Das dicke Ende soll nachkommen.

Belgien.

Aus dem Bericht des belgischen Generalrats. Für den außerordentlichen belgischen Parteitag vom 1. Mai, über den wir gestern bereits ausführlich berichtet haben, hatte im Auftrage des Generalrats der Genosse Leten eine Denkschrift verfaßt, aus der wir nachträglich noch folgendes hervorheben:

Der Generalrat, so führt Leten aus, habe diesen Beschluß ebenfalls nur mit einer tiefgehenden Bitterkeit im Herzen gefaßt. In den Reihen der Sozialdemokratie seien alle gleicherweise besorgt nicht allein um die Reinheit der Prinzipien, sondern auch um die Geschicktheit der Taktik und um die Aufrechterhaltung der Disziplin. Es würde nicht recht und nicht brüderlich sein, wenn man den Mitgliedern des Generalrats Vorwürfe machen wollte wegen eines Beschlusses, den man an ihrer Stelle und an ihrem Platze unter dem Druck ihrer Verantwortlichkeit wahrscheinlich in gleichem Sinne gefaßt haben würde, als sie es getan.

Der Berichterstatter geht dann dazu über, die Ereignisse, wie sie aufeinander folgten, Revue passieren zu lassen. Ueber die Absichten des Königs habe man sich nachgerade keinen Illusionen mehr hingeben können: „Ueber ihn, den zwei Wochen der Aufregung, der Insurrektion und des Todes nicht erschüttern hatten; über ihn, den die eindringlichen Vorstellungen der liberalen Bourgeoisie nicht zu einem Entschluß gebracht hatten; über ihn, den die Stimmen des Handels und der Industrie ebensowenig rührten wie der Appell der sozialistischen Abgeordneten, die als Republikaner in dem erhabenen Gefühl des Pflichtgefühls selbst diesen peinlichen Schritt unternahmen; über ihn, den das Blut der Hekatomben von Löwen bespritzt hatte wie seine Minister, ohne daß es ihn rührte, über seine Person hatte jetzt niemand mehr das Recht, sich ein Trugbild zu machen, niemand konnte mehr erwarten, daß er sich etwa durch die Fortdauer des Generalstreiks beeinflussen lassen würde."

Vor welcher Alternative habe also der Generalrat am 29. April gestanden? Wohl seien nach den Berichten der Delegierten der Föderationen die Arbeiter fast entschlossen gewesen, auszuharren. Aber habe der Streik ohne greifbares Ziel denn zu praktischen Resultaten führen können? „Mußte nicht der Eigensinn der Regierung und des Königs in gleichem und sogar in gesteigertem Maße die Halsstarrigkeit der Arbeiterpartei zur Folge haben?"

Der Bericht setzt nun auseinander, daß der Streik, selbst wenn er auch weiter friedlich verlaufen wäre, dem heldenmütigen Proletariat doch nur Entbehrungen und unnütze Leiden gebracht haben würde. Schließlich wäre er vielleicht doch nach etlichen Wochen vergeblichen Widerstandes durch allgemeine Entmutigung beendet worden. „Man könne einen Generalstreik nicht improvisieren, sondern müsse ihn von langer Hand vorbereiten; es sei für die Zukunft erwiesen, daß ein so vorbereiteter Generalstreik in Belgien den Sieg bringen könne. Wenn aber der Streik gewaltsamer verlaufen, so wäre das für die Regierung der gewünschte Vorwand gewesen, ihren Plan, die belgische Sozialdemokratie zu vernichten, zur Ausführung zu bringen.

„Die Gewaltstreiche," so sagte Vandervelde auf dem Meeting, das am 18. April direkt nach der Verwerfung der Revision durch die Kammer im Maison du Peuple stattfand, „sind für die Demokratie nicht mehr oder noch nicht möglich. Mit Paccotillerevolvern kann man sich nicht den Kugeln der Gendarmerie aussetzen. Die Zeit ist entweder vorbei oder sie wird erst kommen. An dem Tage, an dem unsere gegen den Brudermord gerichtete Agitation in die Gehirne aller Soldaten eingedrungen ist, werden wir triumphieren; Arbeiter und Soldaten sind schon verbündet; die Regierung ist ihrer 60 000 Mann, die sie auf den Kriegsfuß gesetzt hat, nicht mehr sicher. Aber es wäre doch ein schrecklicher Irrtum, glauben zu wollen, daß sich schon heute alle Soldaten weigern, zu schießen. Die Reaktion will uns zu einem verfrühten Aufstand hindrängen, zu dem Zweck, uns eine unheilvolle Niederlage zu bereiten. Wir wollen nicht mehr die heilige Kommune; es wäre Wahnsinn, unser bewundernswertes Proletariat niedermetzeln zu lassen!"

Der Generalrat habe das Unvermeidliche einer endlichen Niederlage vorausgesehen und habe den Mut gehabt, die Masse der Arbeiter noch zur rechten Zeit zu warnen. Es sei Sache des Kongresses, ob der Generalrat im Interesse des Proletariats und des allgemeinen Wahlrechts gehandelt habe. Das allgemeine Wahlrecht, das jetzt vor der Kammer eine Niederlage erlitten, habe vor der öffentlichen Meinung gewonnen; die Stunde der Revision sei nicht mehr fern.

Der Generalrat habe nun allerdings vorsichtigerweise seinen Entschluß bis zur allgemeinen Sitzung vom 22. April zurückstellen können, er habe es aber für unwürdig gehalten, einer so „furchtbaren Verantwortlichkeit auszuweichen oder selbst die Entscheidung aufzuschieben". Von dem Augenblick an, wo er zu der festen Ueberzeugung gelangte, daß alle Opfer vergeblich seien, habe er nicht geglaubt, etwa um seine „Popularität zu retten", die Arbeiter auch nur einen Tag länger ihres Lohnes berauben zu dürfen.

„Der Beschluß vom 29. April, der gegen nur eine Stimme und zwei Stimmenenthaltungen angenommen wurde, war ein gewissenhafter und wohldurchdachter; es waren eher die Delegierten der Gewerkschaften, die ihn beeinflußt haben, als die der politischen Föderation; aber alle, die ihn nach reiflicher und bewegter Diskussion gefaßt, können ihn heute nicht im geringsten bedauern, denn der Gang der Ereignisse hat unserer Voraussicht recht gegeben. Es bestätigt sich, daß der König, weit davon entfernt, an die Auflösung der Kammern zu denken, hauptsächlich die Regierung zum Widerstand aufgemuntert hat."

Süd-Afrika.

Die Friedensaussichten. Die Nachrichten lauten fortgesetzt widersprüchsvoll, je nachdem sie aus englischer oder burischer Quelle stammen. Nach dem B. T. hat in Amsterdam ein aus Südafrika eingetroffener, mit den Burenführern befreundeter Bur auf eine Frage über den jetzigen Stand der Kriegsoperationen erklärt, alles komme darauf an, ob eine Einigung in der demnächst stattfindenden Versammlung der Burendelegierten in Vereeniging zu erzielen sei. Nach seiner Auffassung sei es ausgeschlossen, daß in jener Zusammenkunft ein Beschluß über die Beendigung des Krieges herbeigeführt werde. Es stehe bestimmt zu erwarten, daß erneute Vorschläge an die englische Regierung abgegeben würden, die auf einer fritten Erledigung der mehrfach berührten beiden Fragen der Amnestie der Kaprebellen und der Autonomie hinausliefen. Alsdann dürfte eine längere Zeit verstreichen, in der die Operationen weitergeführt würden. Alle neueren englischen Meldungen, wonach die Beilegung des Krieges in sicherer Aussicht stehe, seien entschieden skeptisch aufzunehmen.

Eine wesentlich günstigere Ansicht hat man in England. Es liegt folgendes Telegramm vor:

London, 8. Mai. Wie heute amtlich mitgeteilt wird, hat die englische Behörde die Gewißheit erlangt, daß Krüger und die Burendelegierten in Europa für den Abschluß des Friedens nicht notwendig sind und daß trotz der aus Utrecht und Brüssel fälschlich gemeldeten Erklärungen Steyn und Schalk Burger im Einverständnis mit den Burenkommandanten für sich das Recht beanspruchen, Frieden abzuschließen. Krüger und Dr. Leyds werden eventuell nur über ihr Gutachten befragt werden, ohne daß dies auf Abschluß oder Nichtabschluß des Friedens von Einfluß wäre. Diese Erklärung wirkte in liberalen Kreisen um so günstiger, als Krüger und seine Umgebung bisher immer noch gegen Einstellung der Feindseligkeiten gewesen sind, während bei den noch kämpfenden Buren ein mächtiges Verlangen für den Frieden herrscht.

Parteiangelegenheiten.

Eine furchtbar harte Strafe erhielt Genosse Haase von der Gr. Nobetnitza in dem Prozeß gegen ihn wegen angeblicher Beleidigung eines katholischen Erzpriesters. Wir haben schon vor einigen Tagen das Nähere berichtet. Am 5. Mai wurde der Prozeß zu Ende geführt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis und verfügte seine sofortige Verhaftung.

Die Mai-Nachfeier in Halle hat bereits begonnen. Die 32 Arrestierten sind der Reihe nach vorgeladen und werden vernommen. Es ist also wieder auf einen Umzugsprozeß zu rechnen, der natürlich auf die Abhaltung der Maifeier nicht den geringsten Einfluß hat.

Bei der Gemeinderatswahl in Lichtenberg errangen unsere Genossen alle vier Sitze.

Unser Strafkonto betrug im Monat April 6 Jahre, 7 Monate und 3 Wochen Gefängnisstrafe und 705 M. Geldstrafe.

Ostelbische Versammlungs-Freiheit. In dem ostpreußischen Städtchen Ragnit führen die Arbeiter seit Jahren einen harten Kampf um die Ausübung des armseligen preußischen Versammlungsrechts. Jetzt sind sie endlich so weit, daß sie ein Versammlungslokal haben (ein Privatlokal) und Versammlungen darin abhalten dürfen. Aber die Polizei hat immer neue — Gedanken. Jetzt dürfen sich in der Stube keine Menschen aufhalten, wenn nicht Versammlung ist. Trotzdem hielten sich vier Parteigenossen in dem Raume auf; da erschien ein Polizeibeamter und forderte die vier Mann auf, sich sofort zu entfernen, indem er zugleich gegen erhobene Einwendungen mit Gewalt drohte. Er wartete, bis die Stube geschlossen war und verlangte den Schlüssel, damit niemand hinein könne! Er erhielt ihn allerdings nicht. Aber der Mieter des Lokals wurde unter Anklage gestellt wegen Abhaltung einer unangemeldeten Versammlung! In der Berufungsverhandlung beantragte der Vertreter der Anklage eine ziemlich hohe Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Ueber das neue Charlottenburger Volkshaus, das am vergangenen Sonntag durch eine kleine Feier eingeweiht wurde, wird wie folgt berichtet: Die Straßenfront des Hauses wird von einem Privathause eingenommen, dessen erste Etage von der Allgemeinen Ortskrankenkasse auf zehn Jahre gemietet worden ist; die übrigen Räume des Vorderhauses sind, ebenso wie die des Seitenflügels, als Wohnungen von 2 bis 4 Zimmern eingerichtet. Ueber einen freundlichen, garten-artigen Hof gelangt man dann in das eigentliche Volkshaus. Das Erdgeschoß enthält zwei Säle, deren einer dem allgemeinen Verkehr und Restaurationszwecken dient, während der anstoßende Raum einen geräumigen Versammlungssaal, der etwa 600 Personen faßt, bildet. Eine bequeme, breite Treppe führt in den ersten Stock, der, abgesehen

---

schieden ist, gehört, hatte er auch noch nicht einen einzigen Penny verdient.

„Ich will ja ihre schönen Sachen gar nicht haben," dachte Jos, als Equipagen und Pferde bei ihm vorbei kamen. „Ich will ja nur Arbeit haben."

Endlich war er wieder in dem elenden Viertel, in dem er wohnte, angelangt. Er ging an der Themse vorbei und stieg zum Fluß hinunter, zog seine Stiefel aus und ließ sich die Füße vom Wasser benetzen. Kleine Wellen schlugen gegen die Steinwände und brachen sich an den Stützen, auf denen er saß. Hier und da ankerten Schiffe, und kleine Boote liefen auf und ab. Er war allein, denn es wurde schon dunkel und kühl.

„Ich glaube es beinah," sagte Jos traurig zu sich, als er seinen Blick über die Themse schweifen ließ. „Ich werde hier nicht mehr gebraucht. Es sind zu viel von uns armen Leuten, und es ist zu wenig Arbeit für uns da."

VII.

Die Zeit schritt vor. Die Jubiläums-Festlichkeiten hatten ihren Höhepunkt erreicht. Im Osten von London gab es Jubiläums-Heringe, Jubiläums-Eier und Jubiläums-Zuckernüsse. Auch dort veranstaltete man allerlei Feste und Vergnügungen zu Ehren Ihrer Allergnädigsten Majestät, die man in Whitechapel die „Alte Dame" nennt.

„Auch wir müssen das Jubiläum feiern," sagte eines Sonntagsvormittags Mr. Meek, als er auf der Kanzel stand. „Wir wollen einen Ausflug nach Reigate machen, wir, das heißt diejenigen von uns, die dafür fünf Schillinge ausgeben können."

So kam es, daß sich am nächsten Sonnabendnachmittag gegen fünfzig Methodisten auf dem Bahnsteig des Bahnhofes an der Londoner Brücke versammelten, wo Mr. Meek und Mr. Stry bereits warteten, um sie zu begrüßen.

„Zu mir alle Kinderchens," rief Mr. Meek in vergnügter Stimmung, „denn ich bin Familienvater. Nur immer herein spaziert, immer herein. Mütter mit ihren Babies zu mir, die jungen Damen zu Mr. Stry, die jungen Leute, wo sie Platz finden." Mr. Meek war zum zweitenmal verheiratet.

„Hätte nicht diese große Sorge auf mir gelegen," pflegte er zu sagen, indem er auf das Bild seiner ersten Frau zeigte, „dann könnte ich auch nicht dieses große Vergnügen gehabt haben" und deutete auf seine zweite Frau, eine lebhafte junge Frau, die ihn mit einer großen Nachkommenschaft beschenkt hatte.

Mr. Stry war ein Junggeselle, der seinen Beruf im Leben verfehlt hatte. Er hätte lieber Mönch und kein Methodist werden sollen. Wäre er vor hundert Jahren oder noch früher zur Welt gekommen in einer Zeit, zu der man die Anhänger Mr. Wesleys, die heutigen Methodisten, in Teichen untertauchte und ihrer Ueberzeugung wegen steinigte, zu der Frauen in Strümpfe und Männer zu Boden fielen, wenn sie die mahnende Stimme eines methodistischen Geistlichen hörten, er wäre an seinem richtigen Platze gewesen; aber in unsere Tage des schwankenden Glaubens und der Jubiläums-Festlichkeiten paßte er nicht mehr hinein. Der böse Ausdruck, der in seinem Gesichte lag, war den Müttern seiner Gemeinde willkommen, um ihre unartigen Kinder zu beruhigen. „Wenn Du nicht gleich artig bist, werde ich es Mr. Stry sagen," und die Kleinen, welche wohl glauben mochten, daß er sie in den „feurigen Höllenpfuhl" der in seinen Religionsstunden, in seinen Predigten und Gebeten eine so große Rolle spielte, werfen würde, waren dann gehorsam und artig.

Unsere Methodisten waren glücklich in Reigate angelangt, als sie durch die Stadt zogen, riefen die Einwohner: „Ah, schon wieder eine Jubiläumsgesellschaft!" Es war endlich Sommer geworden, und ganz unvermittelt war der Sommer auf den Winter gefolgt, ohne daß wie sonst der Frühling die Uebergangszeit gebildet hätte. Die Vögel waren in ihrem Nestbau noch weit zurück und geschäftig flogen sie umher, in den Hecken Federn und Moos suchend. Ein kühles Lüftchen wehte über den Rasen, und weiße Wolken segelten am blauen Himmel. Es war in der That das schönste „Königin"-Wetter, wie die Methodisten sagten, als sie unter dem Schatten großer Ulmen am Abhange eines bewaldeten Hügels Rast machten und einen Imbiß einnahmen.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020509/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG